NRW-Koalition setzt sich für Imam-Ausbildung ein

7. März 2021



Düsseldorf (KNA) Nordrhein-Westfalen will die Imam-Ausbildung in Deutschland weiter voranbringen. Der Landtag beschloss am Donnerstagabend einen entsprechenden Antrag der Regierungsfraktionen von CDU und FDP. Darin heißt es: „Eine Ausbildung von Imamen ist für die NRW-Koalition ein Baustein im Kampf gegen radikale Tendenzen, zunehmenden Islamismus und gegen übergroßen ausländischen Einfluss in deutschen Moscheegemeinden.“ Den Geistlichen kämen wichtige Aufgaben für Integration und Dialog zu.

In dem Antrag plädieren CDU und FDP für eine Imam-Ausbildung „in deutscher Sprache von in Deutschland Sozialisierten, die in unserer Gesellschaft und mit unseren Grundwerten aufgewachsen sind“. 80 bis 90 Prozent der Geistlichen hierzulande stammten aus dem Ausland. Knapp die Hälfte gehöre zum deutsch-türkischen Moscheeverband Ditib, dem in NRW 312 Gemeinden angehören. Die Unabhängigkeit der Ditib sei jedoch fraglich, da sie per Satzung an die Regierung in Ankara angebunden sei.

Für die Landesregierung bekundete Kulturministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (parteilos)

Unterstützung für das Anliegen. Es gehe um die Ausbildung von Geistlichen, die mit der Lebenswirklichkeit von in Deutschland lebenden Muslimen vertraut sind. Da die Einsetzung geistlichen Personals zum Selbstbestimmungsrecht der Religionen gehöre, seien die islamischen Verbände in die Überlegungen einzubeziehen.

Während CDU und FDP erwartungsgemäß für den Antrag stimmten, lehnte die AfD ihn ab. SPD und Grüne enthielten sich und warfen den Regierungsfraktionen einen Alleingang bei dem Thema vor, statt den integrationspolitischen Konsens zu suchen. Einige zentrale Fragen – etwa die Beschäftigungsmöglichkeit und Bezahlung ausgebildeter Imame durch die Gemeinden – blieben ungeklärt, kritisierte die Grünen-Angeordnete Berivan Aymaz. Ibrahim Yetim von der SPD beklagte, dass der Antrag nicht in die Ausschussberatungen überwiesen wurde, um das wichtige Thema weiter gemeinsam zu beraten und Experten dazu anzuhören.

Laut dem Antrag soll die Landesregierung mit muslimischen Dachverbänden über das geplante Weiterbildungsangebot für Imame an der Universität Münster sprechen. Seit 2011 bildet die Hochschule Studierende zu Lehrkräften für islamischen Religionsunterricht sowie zu Theologen aus. Die Universität plant zudem einen Masterstudiengang, in dem Imame ausgebildet werden sollen. Derzeit laufen Gespräche darüber mit dem Land und dem Bund. Die NRW-Regierungsfraktionen fordern, dass auch die muslimischen Dachverbände bei der Entwicklung des Studienprogramms mitwirken und Kooperationsvereinbarungen treffen.

© KNA

Beitragsbild: Alfred Derks via Pixabay

Stand: 13. November 2026